



VOX-Analyse November 2020

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 29. November 2020

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Tobias Keller: Projektleiter i.A.

Aaron Venetz: Projektleiter Dataprojekte/Programmierer

Valentina Rötheli: Projektmitarbeiterin

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	7
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	11
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	11
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	11
3.3	Die Informationsgewinnung	12
4	FÜR VERANTWORTUNGSVOLLE UNTERNEHMEN – ZUM SCHUTZ VON MENSCH UND UMWELT («KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE»)	15
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	15
4.2	Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	15
4.3	Die Motive	20
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	23
5	FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN («KRIEGSGESCHÄFTE- INITIATIVE»)	25
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	25
5.2	Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	25
5.3	Die Motive	29
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	31
6	ANHANG	33
6.1	Technischer Bericht	33
6.2	gfs.bern-Team	38

1 Die zentralen Befunde

Mit der Konzernverantwortungsinitiative und der Kriegsgeschäfte-Initiative scheiterten bei der Volksabstimmung vom 29. November 2020 zwei Initiativen, die ethisches Verhalten von Unternehmen zur Debatte stellten. Die am Ständemehr gescheiterte Konzernverantwortungsinitiative hat das Volksmehr auch dank Unterstützung aus der politischen Mitte, von Jüngeren und von Frauen erreicht. Fairplay und Ethik in der Geschäftswelt ist ein weit verbreiteter Wunsch. Die Kriegsgeschäfte-Initiative wurde wegen wirtschaftlichen Bedenken mehrheitlich verworfen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'054 Stimmberechtigten der VOX-Analyse November 2020. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Ein knappes Ja zur Konzernverantwortung: Mitte-Links gegen das Nein der Stände Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» («Konzernverantwortungsinitiative»)

Die Konzernverantwortungsinitiative ist seit 1955 erst die zweite Volksinitiative, die trotz Volks-Mehr am Ständemehr gescheitert ist. Das Volks-Mehr hat sie erreicht, indem sie neben grossen Teilen der Linken auch die Hälfte der politischen Mitte, die Mehrheit der Frauen und die Mehrheit der unter 50jährigen überzeugt hat. Mehr als ein Viertel der CVP und knapp zwei Drittel der GLP genügten, dank sehr starker Unterstützung der Anhängerschaften der SP und der Grünen, für ein Volks-Ja. In den letztlich siegreichen Kantonen dominierten allerdings die Mitte-Rechts-Kräfte. Denn die SVP-Anhängerschaft (85%) und die FDP-Anhängerschaft (81%) verwarfen die Initiative wuchtig. Zudem waren politische Bindungen wirksamer als religiöse: Reformierte und Katholik*innen verwarfen die Initiative mehrheitlich, Konfessionslose stimmten ihr mehrheitlich zu.

Das knappe Volks-Ja war mit einer Werthaltung für mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft im Generellen und beim Umweltschutz im Spezifischen verbunden. Viele brachten ausserdem mit ihrer Ja-Stimme ein Vertrauen gegenüber Menschenrechtsorganisationen und ein Misstrauen gegenüber internationalen Konzernen mit Sitz in der Schweiz zum Ausdruck: Ein wichtiges Ja-Argument bezog sich auf die bisherigen Erfahrungen, die zeigen würden, dass staatliche Eingriffe nötig seien. Die Stossrichtung der Initiative mit mehr globaler Verantwortung der Konzerne war nicht nur als Ja-Motiv für die meisten Ja-Stimmenden relevant, sogar Nein-Stimmende stimmten diesem Argument mehrheitlich zu. Demnach sind mehr Fairplay und Ethik in der Geschäftswelt wichtig, damit kein Unternehmen auf Kosten der Menschenrechte oder der Umwelt Konkurrenzvorteile erhält.

Die dank den Ständen siegreiche Nein-Seite äusserte Bedenken aus drei Richtungen: Praktisch in gleichem Mass befürchtete sie Umsetzungsprobleme (Bürokratie und Aufwände in den Unternehmen und vom Staat sowie teilweise die Vorteile des Gegenvorschlags) und wirtschaftliche Schäden. Im Hintergrund waren ausserdem Zweifel an der Wirkung bei einem Alleingang respektive der Wirkung auf die Entwicklungsländer relevant. Zudem sahen die Nein-Stimmenden tendenziell eher einen Einfluss der Corona-Krise auf die eigene Entscheidung.

Wirtschaftlich zu heikel und vermutlich mit zu wenig Wirkung

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» («Kriegsgeschäfte-Initiative»)

Die Kriegsgeschäfte-Initiative schlug in dieselbe Kerbe wie die Konzernverantwortungs-Initiative. Sie konnte damit zwar vom Windschatten der anderen Vorlage profitieren, doch insgesamt konnte sie sich nicht durchsetzen: Sie wurde mit 42,6 Prozent «Ja»-Stimmen beim Volk abgelehnt. Trotz der Ablehnung der Kriegsgeschäfte-Initiative hat sie aber dennoch einen relativ hohen Anteil an Ja-Stimmen gesammelt. Denn im Vergleich zu früheren friedenspolitischen Vorlagen wie der Vorlage «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» (36% Ja-Anteil) oder die Vorlage «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung» (38% Ja-Anteil) konnte sie deutlich mehr Personen zu einem Ja bewegen.

Die Ja-Stimmen kamen vor allem von links. Sympathisierende der Grünen sowie der SP, die stark mobilisiert werden konnten, haben mit einer grossen Mehrheit ein «Ja» eingelegt. Mitte- und Rechts-Sympathisierende hatten hingegen sehr häufig ein «Nein» eingelegt und gaben damit den Ausschlag. Einzig GLP-Sympathisierende waren gespalten: Sie haben zu 50 Prozent ein «Ja» eingeworfen. Ähnliches zeigt sich bei den Ja-Stimmenden hinsichtlich ihrem Vertrauen in die Gesellschaft Schweiz ohne Armee (GSoA) und in die Schweizerische Nationalbank (SNB): Je eher jemand der GSoA vertraut respektive je weniger jemand der SNB vertraut, desto eher hat er*sie für die Kriegsgeschäfte-Initiative gestimmt.

Inhaltlich haben die ethischen Anliegen der Kriegsgeschäfte-Initiative zwar mehrheitlich positives Echo in der Stimmbevölkerung ausgelöst, aber aufgrund der zu geringen Wirkung und den negativen wirtschaftlichen Folgen zu wenig überzeugt. Zum Beispiel war eine grosse Mehrheit mit der Aussage einverstanden, dass mit Schweizer Pensionskassengeld kein Material produziert werden dürfte, das Menschen tötet, aber andererseits würden bei einem Rückzug der Schweizer Investitionen andere Akteure diese Lücke füllen, wodurch die Schweiz keine Kriege verhindern könne und finanziell geschwächt würde.

Zusatzmobilisierung junger Frauen, hohe Teilnahmewerte links der Mitte

Die Beteiligung

Am eidgenössischen Urnengang vom 29. November 2020 nahmen wie üblich politisch interessierte und an ein bestimmtes Lager gebundene, eher gut situierte Stimmberechtigte eher teil. Aussergewöhnlich zeigt sich die hohe Mobilisierung im linken politischen Lager und bei jungen Frauen, was einen Teil der leicht erhöhten Stimmbeteiligung erklärt.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 29. November 2020 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden. Die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» («Konzernverantwortungsinitiative») und die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» («Kriegsgeschäfte-Initiative»). Beide wurden abgelehnt.

2 Die Beteiligung

Am 29. November 2020 haben die Schweizer Stimmberechtigten über zwei Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» («Konzernverantwortungsinitiative»)
2. Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» («Kriegsgeschäfte-Initiative»)

Die Stimmbeteiligung betrug 47 Prozent bei der «Konzernverantwortungsinitiative» und 46,9 Prozent bei der «Kriegsgeschäfte-Initiative».¹ Damit ist die Stimmbeteiligung mehr als 10 Prozentpunkte geringer als in der letzten Abstimmung vom September 2020, jedoch rund 7 Prozentpunkte höher als im Februar 2020. Im Mittel nahmen 2020 49,4 Prozent der Stimmberechtigten an den Abstimmungen teil. Damit liegt die Stimmbeteiligung 2020 höher als in den vorherigen Jahren (bspw. 2019: 40,9%).²

In Tabelle 1 wird die Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Bemerkenswert sind die Abhängigkeiten nach Alter und Geschlecht. Die Teilnahme steigt zwar mit dem Alter an, der Zusammenhang ist aber schwächer als üblich. Ausserdem haben 49 Prozent der Frauen – aber nur 45 Prozent der Männer – an den Abstimmungen vom 29. November 2020 teilgenommen. Üblicherweise haben die Geschlechter bei Abstimmungen in etwa das gleiche Gewicht, obwohl mehr Frauen stimmberechtigt wären. Das hat mit der überdurchschnittlichen Teilnahme der Männer im hohen Alter zu tun. In der Tat haben in der Altersgruppe ab 65 Jahren auch am 29. November 2020 mehr Männer als Frauen teilgenommen. In der mittleren Alterskohorte (40–64 Jahre) haben Männer und Frauen in ähnlichem Mass teilgenommen. Die Abstimmung vom 29. November 2020 brachte aber mit 56 Prozent eine deutlich erhöhte Stimmbeteiligung der Frauen im Alter von 18–39 Jahren gegenüber den Männern im gleichen Alter, die unterdurchschnittlich teilnahmen. So erklärt sich der ausnahmsweise höhere Anteil von Frauen.

Wie üblich zeigt sich bei der Teilnahme eine deutliche Schichtabhängigkeit, die über Geschlechter- oder Altersunterschiede hinausgeht. Je höher das Haushaltseinkommen oder der Bildungsabschluss, desto höher fiel auch die Teilnahme an den Abstimmungen vom 29. November 2020 aus.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](#)

² [Link zu bfs.admin.ch](#)

Tabelle 1: Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
total	47	3054	
Alter			V = .17***
18-29 Jahre	43	428	± 4.7
30-39 Jahre	44	383	± 5
40-49 Jahre	42	498	± 4.3
50-59 Jahre	43	628	± 3.9
60-69 Jahre	43	566	± 4.1
70 Jahre und älter	64	522	± 4.1
Geschlecht			V = .04*
Frauen	49	1569	± 2.5
Männer	45	1456	± 2.6
Geschlecht und Alter			V = .20***
Frauen / 18-39	56	441	± 4.6
Männer / 18-39	32	370	± 4.8
Frauen / 40-65	41	732	± 3.6
Männer / 40-65	44	698	± 3.7
Frauen / 65+	54	396	± 4.9
Männer / 65+	65	388	± 4.8
Bildungsgrad			V = .20***
ohne nachobligatorische Bildung	38	325	± 5.3
berufliche Grundbildung/Berufslehre	39	1041	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	54	825	± 3.4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	62	731	± 3.5
Haushaltseinkommen			V = .16***
bis 3'000 CHF	27	134	± 7.5
3'000-5'000 CHF	42	407	± 4.8
5'000-7'000 CHF	45	518	± 4.3
7'000-9'000 CHF	50	478	± 4.5
9'000-11'000 CHF	49	373	± 5.1
über 11'000 CHF	59	643	± 3.8

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramérs V-Tests und Standardfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die Stimmbeteiligung zeigt markante Unterschiede hinsichtlich politischer Merkmale (Tabelle 2). Sie ist wie üblich am stärksten durch das politische Interesse determiniert. In der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigt sich, dass Personen, die sich «linksausser» (68%) einstufen am häufigsten für die Abstimmung mobilisiert wurden. Ähnlich stark wurden Personen mobilisiert, die sich «links» (55%) und «rechtsausser» (54%) positionieren. Damit zeigt sich wie bereits bei den Abstimmungen vom 27. September 2020, dass insgesamt «links» (inklusive «linksausser») besser mobilisiert wurde als in der «Mitte» (39%) oder «rechts» (51%) (inkl. «rechtsausser»).

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	47	3054	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = .18***
linkausser (0-2)	68	347	± 4.9
links (3,4)	55	575	± 4.1
Mitte (5)	39	821	± 3.3
rechts (6,7)	51	630	± 3.9
rechtsausser (8-10)	54	339	± 5.3
Parteisympathie			V = .26***
FDP	60	461	± 4.5
CVP	48	220	± 6.6
SP	58	501	± 4.3
SVP	42	470	± 4.5
GLP	64	224	± 6.3
Grüne	70	243	± 5.8
andere Partei	55	243	± 6.3
keine	27	323	± 4.8
Politisches Interesse			V = .44***
sehr interessiert	85	530	± 3
eher interessiert	56	1547	± 2.5
eher nicht interessiert	26	770	± 3.1
überhaupt nicht interessiert	10	151	± 4.8

Ein ähnliches, aber weniger klares Bild ergibt sich hinsichtlich der Parteisympathie: Zwar konnten Grüne-Sympathisierende am stärksten mobilisiert werden (70%), aber die Angehörigen der SP (58%) waren nicht stärker mobilisiert als diejenigen der GLP

(64%) oder der FDP (60%). SVP- und CVP-Anhängerschaft waren dagegen weniger mobilisiert.

Der Stimmkörper besteht also weiterhin überproportional aus politisch interessierten und an bestimmte Richtungen gebundenen Personen, die höher gebildet und überdurchschnittlich gut situiert sind. Bemerkenswert ist die vergleichsweise hohe Mobilisierung im linken Lager und von jungen Frauen.

Etwas mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten hat nicht an der Abstimmung vom 29. November 2020 teilgenommen (Tabelle 3). 25 Prozent der Nicht-Teilnehmenden haben angegeben, dass sie vergessen haben, an der Abstimmung teilzunehmen, oder, dass sie verhindert waren (22%). Entscheidungsschwierigkeiten (21%) waren auffallend oft ein Grund. Auch die Komplexität der Themen wurde teilweise als Grund angegeben (12%). Weiter wurde Desinteresse als Grund genannt (19%). Gründe, die womöglich auf Politik- oder Demokratieverdrossenheit hindeuten, wurden seltener angegeben: Dass Abstimmungen sowieso nichts ändern (8%), dass jemand aus Prinzip nicht teilnimmt (6%), dass es auf die einzelne Stimme sowieso nicht ankomme (6%), oder, dass demokratischen Prozessen misstraut wird (3%), nehmen die unteren Plätze ein.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen.	25	272
Ich war verhindert.	22	185
Ich konnte mich nicht entscheiden.	21	183
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert.	19	170
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert.	12	103
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern.	8	65
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil.	6	56
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt.	6	52
Ich misstrau demokratischen Prozessen.	3	25
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist.	3	19
weiss nicht / keine Angabe	5	48

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 912. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabelle 4).

Der Konzernverantwortungsinitiative wurde im Mittel eine Bedeutung von 7.1 auf einer Skala von 0-10 zugeschrieben. Das ist ein eher hoher Wert. Die Kriegsgeschäfte-Initiative ist als etwas weniger bedeutsam eingestuft worden. Im Mittel wurde ihr eine Bedeutung von 6.7 zugeschrieben. Bemerkenswert ist der sehr starke Zusammenhang zwischen dem Stimmentscheid bei beiden Vorlagen und der zugeschriebenen Bedeutung. Ja-Stimmende haben den Initiativen eine weit grössere Bedeutung beigemessen (Konzernverantwortungsinitiative: 8.3, Kriegsgeschäfte-Initiative: 8.0) als die Nein-Stimmenden (Konzernverantwortungsinitiative: 5.9, Kriegsgeschäfte-Initiative: 5.8).

Tabelle 4: Persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Konzernverantwortungsinitiative		Kriegsgeschäfteinitiative	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	4	79	5	99
gering (2-4)	12	211	14	273
mittel (5)	12	245	14	282
hoch (6-8)	36	741	38	749
sehr hoch (9-10)	35	692	29	552
Mittelwert (total)	7.1	1968	6.7	1955

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Stimmenden wurden ebenfalls befragt, ob sie die Vorlagen als eher leicht oder eher schwer verständlich empfunden haben (Tabelle 5). Die Konzernverantwortungsinitiative wurde von 74 Prozent der Stimmenden als leicht verständlich eingestuft, die Kriegsgeschäfte-Initiative von 81 Prozent. Die Detailauswertung zeigt, dass bei der Konzernverantwortungsinitiative im Vergleich zu stärker vorbestimmten Themen, wie beispielsweise bei Initiativen im Bereich Migration, die Meinungsbildung etwas anspruchsvoller gewesen ist. Nein-Stimmende hatten ausserdem etwas mehr Schwierigkeiten sich zu entscheiden als Ja-Stimmende.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Konzernverantwortungsinitiative		Kriegsgeschäfteinitiative	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	74	1353	81	1428
eher schwer	26	495	19	391
N (total)		1848		1819

Tabelle 6 bezieht sich auf den Entscheidungszeitpunkt und schlüsselt auf, wie stark vorbestimmt die Vorlagen waren. Bei der Konzernverantwortungsinitiative erinnern sich 61 Prozent, dass die Entscheidung von Anfang an feststand. In dieser Gruppe wurde die Initiative mehrheitlich angenommen. Bei den 39 Prozent, die sich entweder während des Abstimmungskampfes oder im letzten Moment entschieden, stimmten Mehrheiten gegen die Konzernverantwortungsinitiative.

68 Prozent erinnern sich, von Anfang an bei der Kriegsgeschäfteinitiative entschieden gewesen zu sein. In dieser Gruppe sind die Stimmverhältnisse zwischen Ja und Nein noch recht ausgewogen. Bei den 32 Prozent, die sich während des Abstimmungskampfes oder im letzten Moment entschieden, hat die Nein-Seite deutlich höhere Anteile.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Konzernverantwortungsinitiative		Kriegsgeschäfteinitiative	
	Stimmende in %	n	Ja-Stimmende in %	n
von Anfang an klar	61	1134	68	1239
während Abstimmungskampf	32	622	24	482
im letzten Moment	7	155	8	167
N (total)		1911		1888

3.3 Die Informationsgewinnung

In Tabelle 7 finden sich die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben. Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1-10), mit der sie sich mit diesem Medium informiert haben.

Artikel in Zeitungen (85%), das Bundesbüchlein (83%) und Abstimmungssendungen am Fernsehen (76%) waren die drei zentralen Informationskanäle um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von 6 oder höher auch intensiver als alle übrigen beachtet. Online-Quellen haben ebenfalls eine hohe Bedeutung: Mit 68 Prozent, die News-Seiten im Internet beachten, ist diese Quelle die Nummer vier und auch in der Nutzungsintensität belegt diese einen Platz in den Top-5. Social Media oder auch Online-Kommentare sind vergleichsweise weniger bedeutsam, erzielen aber

beachtliche Reichweiten. 32 Prozent streamten beispielsweise Videos oder Filme. Dieser Kanal ist somit ähnlich stark beachtet worden wie Social Media (Facebook, Twitter oder Instagram).

Nicht-redaktionelle Quellen, sei dies in Form von Leserbriefen oder Kommentaren, sind ebenfalls eine Stütze bei der Informationssuche über die Abstimmungsvorlagen. Unter den werberischen Formaten stehen Abstimmungszeitungen oder Flyers zuoberst, aber auch Inserate und Strassenplakate werden von mehr als der Hälfte beachtet.

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Artikel in Zeitungen	85	6.3	1752
das Bundesbüchlein	83	6.5	1716
Abstimmungssendungen am Fernsehen	76	6.0	1589
News-Seiten im Internet	68	5.3	1380
Abstimmungssendungen am Radio	64	5.4	1357
Abstimmungszeitungen oder Flyers	62	4.7	1305
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	58	4.5	1186
Inserate in Zeitungen	55	4.0	1158
Strassenplakate	56	3.6	1132
Meinungsumfragen	51	3.9	1025
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	45	4.5	931
Mitteilungen am Arbeitsplatz	34	4.1	664
Filme und Videoclips im Internet zum Beispiel auf Youtube	32	4.0	646
soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	32	4.3	624
VoteInfo-App vom Bund	26	4.9	522

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweilige Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. n = 2'033.

Werberische Kanäle wurden im Kontext der Konzernverantwortungsinitiative von beiden Seiten intensiv bewirtschaftet, wobei die Komitees unterschiedliche Strategien nutzten. Die Nein-Seite setzte laut der Zeitungs- und Inserateanalyse von Année Politique Suisse stärker auf Inserate³ und setzte auch darauf, eine Mehrheit der Stände zu

³ Siehe: swissvotes.ch

gewinnen.⁴ Die Ja-Seite hatte seit Beginn auf die Mobilisierung der Zivilgesellschaft gesetzt. Die Fahnen wurden zum Symbol der Ja-Kampagne, die multimedial aufgesetzt war und beispielsweise wie die Gegnerschaft auch einen Film zum Streamen anbot.

Welche Medien genutzt werden, kann das den möglichen Stimmentscheid verstärken oder auch die Meinungsbildung beeinflussen. Dazu lassen sich die Unterschiede zwischen hauptsächlichem Kommunikationskanal und dem Stimmverhalten betrachten. 16 Prozent geben zurzeit an, sich hauptsächlich online zu informieren. Diese Gruppe hätte beide Initiativen mehrheitlich angenommen. 43 Prozent geben an, sich online und offline in etwa gleichem Mass zu informieren. Wer sich auf diesem Weg hybrid informiert, hätte immer noch knapp mehrheitlich die Konzernverantwortungsinitiative angenommen. Lediglich jene 39 Prozent, die sich offline über Printmedien, Fernsehen oder Radio informieren, verwarfen beide Initiativen. Der Zusammenhang ist zwar schwach, zeigt aber bezüglich Meinungsbildung einen denkbaren digitalen Graben auf. Nein-Stimmende beachten die oder vertrauen eher den etablierten Kanälen. Wer beispielsweise das Bundesbüchlein nutzte, stimmte eher Nein zu beiden Initiativen und folgte damit der Empfehlung von Bundesrat und Parlament.

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Konzernverantwortungsinitiative (Stimmverhalten)			Kriegsgeschäfteinitiative (Stimmverhalten)		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	60	269	± 5.9	52	263	± 6
beides etwa gleich	50	774	± 3.5	43	763	± 3.5
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	48	882	± 3.3	40	861	± 3.3
N (total) / Cramérs V		1925	V = .09**		1922	V = .08**

⁴ [Link zu tagesanzeiger.ch](https://www.tagesanzeiger.ch)

4 Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Ein Zusammenschluss von über 60 NGOs hat die Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» («Konzernverantwortungsinitiative») am 21. April 2015 lanciert. Die Initiative verlangte, dass Schweizer Unternehmen prüfen, ob die international anerkannten Menschenrechte und Umweltstandards in ihrer Geschäftstätigkeit sowie deren Tochterunternehmen eingehalten werden. Bei Verstössen müssten sie Massnahmen ergreifen, Bericht erstatten und für Schäden haften, die von den von ihnen kontrollierten Unternehmen verursacht wurden. Sie würden nur dann nicht haften, wenn sie die Sorgfaltsprüfungspflichten eingehalten hätten. Das Parlament hat nach intensiver Debatte und einigen Kontroversen einen vom Ständerat eingebrachten, schwächeren indirekten Gegenvorschlag zur Initiative verabschiedet, der nach der Ablehnung der Initiative in Kraft tritt.

Der Bundesrat und das Parlament lehnten die Initiative ab, da ihnen insbesondere deren Haftungsregeln zu weit gingen. Dies gefährde aufgrund der Rechtsunsicherheit Arbeitsplätze und Wohlstand. Das Komitee mit Trägerorganisationen aus der Zivilgesellschaft und aus dem Umfeld der Kirchen hingegen argumentierte, dass die allermeisten Schweizer Unternehmen davon nicht betroffen wären. Diejenigen aber, die es betreffen würde, dürften aufgrund ihrer Rücksichtslosigkeit keinen Wettbewerbsvorteil besitzen.

Am 29. November 2020 wurde die «Konzernverantwortungsinitiative» abgelehnt. Obwohl 50,7 Prozent der Stimmbevölkerung ein «Ja» einlegten scheiterte die Vorlage am Ständemehr. Das Volksmehr war in lediglich 8 1/2 Ständen im «Ja», während 12 5/2 Ständen im «Nein» die Ablehnung der Initiative bedeuteten⁵.

Es war seit Einführung des Frauenstimmrechts und einer Mieterschutzinitiative von 1955 die zweite Initiative überhaupt, die am Ständemehr gescheitert ist. Das Volksmehr kam mit 37'500 mehr Ja- als Nein-Stimmen zustande. Um das Ständemehr zu erzielen, hätten theoretisch 8'508 Ja-Stimmen aus den Kantonen mit den knappsten Resultaten genügt. Bereits am Montag nach der Abstimmung kam entsprechend eine Diskussion über Reformen des Ständemehrs auf, erneut lanciert von den linken Parteien⁶.

4.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Bei einem solch knappen Volksmehr interessiert, wie sich die Mehrheiten nach soziodemografischen Merkmalen unterscheiden. Tabelle 9 zeigt, dass das Ausmass der Zustimmung in einer Reihe dieser Variablen signifikant variiert: **Alter**, **Geschlecht**, Schicht (in unterschiedlicher Art bei der **Bildung** und des **Einkommens**) sowie **Religiosität**.

⁵ [Link zu bfs.admin.ch](#)

⁶ [Link zu bfs.admin.ch](#)

Insgesamt haben Personen mit folgenden soziodemografischen Eigenschaften eher «Ja» gestimmt: ältere oder weibliche, höher gebildete, eher nicht Vollzeit angestellte, keiner Religionsgemeinschaft zugehörige (ausser regelmässig den evangelisch-reformierten Gottesdienst besuchende) Personen.

Im **Detail** zeigt sich, dass die Konzernverantwortungsinitiative mit 56 Prozent angenommen worden wäre wenn nur Personen im **Alter** unter 50 Jahren abgestimmt hätten. Am deutlichsten für die Initiative waren Personen im Alter bis 40 Jahren, am stärksten dagegen Personen im Alter von über 70 Jahren. Sehr deutlich ausgeprägt war der **Geschlechtergraben**: Frauen hätten mit 57 Prozent die Vorlage sehr deutlich angenommen, während nur 43 Prozent der Männer Ja zur Konzernverantwortungsinitiative stimmten. Unterschiede von mehr als 10 Prozentpunkten zwischen den Geschlechtern sind selten.

Der Zusammenhang mit der sozio-professionellen Klasse ist nicht eindeutig: Die Zustimmung zur Vorlage steigt tendenziell mit dem **Bildungsgrad**, sie sinkt aber umgekehrt mit dem verfügbaren Haushaltseinkommen. Recht deutlich sind aber die Unterschiede nach **Beschäftigungsgrad**: Wer Vollzeit oder mindestens zu 90 Prozent berufstätig ist, lehnte die Initiative deutlich ab, während alle übrigen Berufstätigen mit Teilzeitpensen die Initiative klar mehrheitlich angenommen haben.

Vielerorts haben sich Kirchen für ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative eingesetzt. Die Wirkung war aber beschränkt: Personen, die keiner **Religionsgemeinschaft** angehören, stimmten eher für die Vorlage (62%) als Mitglieder von Kirchen (45%). Allenfalls kann bei intensiver praktizierenden Kirchenmitgliedern ein Effekt vermutet werden. 68 Prozent der Reformierten, die mindestens einmal pro Monat einen Gottesdienst besuchen, haben die Vorlage angenommen. Bei Katholik*innen, die mindestens monatlich einem Gottesdienst beiwohnen, ist jedoch kein solcher Effekt erkennbar (40% Zustimmung).

Tabelle 9: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
total	50.7	2031	
Alter			V = 0.18***
18-29 Jahre	64	228	± 6.2
30-39 Jahre	61	197	± 6.8
40-49 Jahre	52	312	± 5.6
50-59 Jahre	49	422	± 4.8
60-69 Jahre	49	442	± 4.7
70 Jahre und älter	39	430	± 4.6
Geschlecht			V = 0.14***
Frauen	57	1028	± 3
Männer	43	1003	± 3.1
Bildungsgrad			V = 0.17***
ohne nachobligatorische Bildung	43	186	± 7.1
berufliche Grundbildung/Berufslehre	42	639	± 3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	50	592	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	63	561	± 4
Haushaltseinkommen			V = 0.13***
bis 3'000 CHF	53	66	± 12.1
3'000-5'000 CHF	64	254	± 5.9
5'000-7'000 CHF	55	346	± 5.2
7'000-9'000 CHF	50	326	± 5.4
9'000-11'000 CHF	45	257	± 6.1
über 11'000 CHF	45	494	± 4.4
Religiosität			V = 0.16***
keine Religionsgemeinschaft	62	749	± 3.5
Mitglied einer Religionsgemeinschaft	45	1227	± 2.8

Während die soziodemografischen Variablen nur vereinzelt deutliche Unterschiede aufgezeigt haben, beeinflussten die politischen Merkmale den Stimmentscheid zur Konzernverantwortungsinitiative deutlicher (Tabelle 10).

Insgesamt haben folgende politische Eigenschaften eher zu einem «Ja» geführt: Personen, die sich auf der Links-Rechts-Skala eher links verorten, die sich als SP- oder

Grüne-Sympathisierende bezeichnen oder positive Werthaltungen gegenüber dem Umweltschutz haben sowie Menschenrechtsorganisationen Vertrauen schenken.

Im [Detail](#) zeigt sich, dass je weiter links sich eine Person hinsichtlich der politischen [Ideologie](#) einstuft, desto eher hat er*sie für die Konzernverantwortungsinitiative gestimmt. Beispielsweise ergab sich bei Personen von «linksaussen» ein Ja-Anteil von 97 Prozent im Gegensatz zu Personen von «rechtsaussen», die lediglich zu 10 Prozent Ja gestimmt haben. Bemerkenswert für die Initiative ist die Annahme bei Personen, die sich selber in der politischen Mitte verorten. Dies verdeutlicht den Charakter einer Vorlage mitten aus den Reihen der Zivilgesellschaft und ist sinnbildlich für die Volksmehrheit insgesamt. Dies gelingt Initiativen mit einem klar linken Annahme-Profil und ohne ökologisch-bewahrenden Charakter in der Regel nicht.

Dasselbe Muster ergibt sich beim Blick auf die [Parteisympathie](#). Je weiter links die Partei steht, mit der sich jemand identifiziert, desto höher ist der Ja-Anteil. Bei Grünen- (96%) und SP-Sympathisierenden (89%) war die Unterstützung praktisch umfassend. In der Mitte neutralisieren sich mehr oder weniger die GLP-Anhängerschaft, die zu fast zwei Dritteln für die Vorlage votierte, und die CVP, die zu fast drei Vierteln gegen die Vorlage votierte. Bei der FDP-Anhängerschaft (19%) und SVP-Anhängerschaft (15%) erzielte die Konzernverantwortungsinitiative nur marginale Unterstützung.

Einige [politische Werthaltungen](#) prägten das Stimmverhalten deutlich mit. Der stärkste Zusammenhang ist bei der Frage feststellbar, ob im Konfliktfall der Umweltschutz gegenüber dem wirtschaftlichen Wohlstand Priorität haben soll. Wer dies bejaht, hat sehr viel deutlicher für die Konzernverantwortungsinitiative gestimmt als Personen mit gemischten Werthaltungen oder solche, die im Konfliktfall der Wirtschaft Priorität einräumen. So hat der Umwelt- und Klimabezug der Initiative eine wichtigere Rolle beim Stimmentscheid gespielt als der Glaube an die christliche Religion. Je stärker eine Person linke und ökologische Werte unterstützt, desto eher stimmte sie für die Konzernverantwortungsinitiative. Vergleichbar starke Zusammenhänge gibt es beispielsweise bei der grundsätzlichen Frage zur Intervention des Staates in die Wirtschaft oder bei der Werthaltung zum Atomausstieg.

Angesichts der Debatte über die Rechtsfolgen einer Schweizer Verfassungsbestimmung über das Verhalten von Konzernen im Ausland ist der deutliche Zusammenhang zwischen dem Stimmentscheid und den Vorstellungen zu internationalem Recht aussagekräftig: Je eher eine befragte Person dem internationalen Recht den Vorrang gegenüber dem Schweizer Recht einräumt, desto eher stimmte sie für die Initiative.

Tabelle 10: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
total	50.7	2031	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.61***
linksaussen (0-2)	97	274	± 2
links (3-4)	77	424	± 4
Mitte (5)	50	501	± 4.4
rechts (6-7)	21	457	± 3.7
rechtsaussen (8-10)	10	247	± 3.7
Parteisympathie			V = 0.63***
FDP	19	351	± 4.1
CVP	28	150	± 7.2
SP	89	375	± 3.2
SVP	15	304	± 4
GLP	63	185	± 7
Grüne	96	207	± 2.7
andere Partei	56	166	± 7.6
keine	45	152	± 7.9
Wertehaltung: «eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz.»			V = 0.53***
Umweltschutz wichtiger	80	842	± 2.7
gemischte Wertehaltung	34	860	± 3.2
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	12	225	± 4.3
Wertehaltung: «Eine Schweiz, wo Schweizer Recht über internationalem Recht steht, oder eine Schweiz, wo das internationale Recht über Schweizer Recht steht.»			V = 0.32***
Schweizer Recht über internationalem Recht	35	1071	± 2.9
gemischte Wertehaltung	59	528	± 4.2
internationales Recht über Schweizer Recht	76	269	± 5.1
Vertrauen in Menschenrechtsorganisationen			V = 0.55***
sehr gering bis gering (0-4)	13	433	± 3.2
mittel (5)	35	394	± 4.7
hoch (6-7)	58	453	± 4.6
sehr hoch (8-10)	82	682	± 2.9

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Vertrauen in internationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz			V = 0.30***
sehr gering bis gering (0-4)	65	910	± 3.1
mittel (5)	39	530	± 4.2
hoch (6-7)	35	299	± 5.4
sehr hoch (8-10)	27	137	± 7.5
Einfluss Corona auf Stimmenscheidung			V = 0.11***
nicht beeinflusst	53	1572	± 2.5
beeinflusst	38	332	± 5.2

Das weitgehend intakte **Vertrauen** in die Menschenrechtsorganisationen als wesentliche Trägerinnen der Initiative war der Unterstützung ebenfalls zuträglich. Mehr als ein Drittel der Stimmenden bringen diesen Organisationen auf einer Skala von null bis zehn mindestens ein Vertrauen von acht entgegen. In dieser Gruppe fiel das Ja zur Konzernverantwortungsinitiative mit 82 Prozent wuchtig aus. Umgekehrt war es beim Vertrauen in die internationalen Konzerne mit Sitz in der Schweiz, die sich für das Nein einsetzten. Im Kontext der Debatte über die Initiative äusserte fast die Hälfte sehr geringe Vertrauenswerte in solche Konzerne mit Werten im Bereich von null bis vier auf der Zehnerskala. Auch diese Gruppe stimmte der Initiative sehr deutlich zu. Sobald das Vertrauen in die Konzerne jedoch mindestens mittel ist (5), fiel die Unterstützung der Initiative klar unter die Mehrheitsmarke.

Vereinzelt wurde in offenen Fragen die Corona-Pandemie als Motiv für Nein-Stimmende genannt (siehe Kapitel 4.3 für die häufigsten Antworten zu den Motiven). Die mögliche Gefahr, dass beispielsweise die bereits von der Pandemie geschwächte Wirtschaft mit zusätzlichen Auflagen bedroht wird, hat offensichtlich eine Rolle beim Stimmverhalten gespielt. Wurden die Stimmenden konkret darauf angesprochen, ob Corona den eigenen Entscheid beeinflusst hat, wird ein leichter Zusammenhang ersichtlich: Wenn eine Person einen solchen Einfluss geltend machte, stimmte sie eher Nein.

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die Tabellen 11 und 12 geben an, wie häufig die Gründe als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig sie insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Bei den **Ja-Motiven** (Tabelle 11) wurden vor allem drei Gruppen von Motiven angeführt: Die globale **Verantwortung der Konzerne und die Umwelt** wurden in unterschiedlichen Bezügen im Mittel sogar mehr als einmal pro befragter Person als Motiv genannt (30%

aller Erstnennungen, 166% aller Nennungen). Diese auf die globale Optik bezogene Motivlage fokussiert die Rolle der Konzerne und die Verantwortung, die sich aus dem hiesigen Wohlstand respektive der Wertschöpfung in der Schweiz ableitet. Dies wurde offenbar weit über das linke politische Lager hinaus als moralische Verpflichtung anerkannt. Ja-Stimmenden ging es demnach um die Gleichberechtigung der Entwicklungsländer, die grundsätzliche oder globale Verantwortung der Konzerne bei (wirtschaftlichen) Ungerechtigkeiten oder Rechtsproblematiken oder konkret um Umweltschutz und Umweltstandards, die global gelten sollen. Indirekt kam dabei häufig zum Ausdruck, dass die bisherigen Standards auch für die Schweizer Konzerne nicht genügten.

In zweiter Linie standen **Bezüge zur Schweiz und ihrer Vorbildrolle insbesondere in Bezug auf die Menschenrechte** (bspw. Kinderarbeit) im Vordergrund (28% aller Erstnennungen, 97% aller Nennungen). Die dritte Motivlage betraf **grundsätzlich wirtschaftsethische Gründe**, wobei die Kontrolle der Wirtschaft gefordert oder die einseitige Ausrichtung an Geld und Profit kritisiert wurde.

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
globale Verantwortung Konzerne und Umwelt	30	318	166	1710
Gleichberechtigung Entwicklungsländer	2	23	25	243
Verantwortung übernehmen	3	39	22	223
globale Verantwortung der Konzerne	4	36	21	220
Umweltschutz und -standards	0	2	12	130
Menschenrechte und Rolle der Schweiz	28	296	97	993
Einhaltung Menschenrechte	14	144	43	437
Vorbildfunktion	2	17	8	78
humanistische Tradition	1	14	7	76
wirtschaftsethische Gründe	15	162	63	672
Kontrolle der Wirtschaft ist wichtig	9	94	22	229
Geld und Profit sind nicht alles	1	15	10	111
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	6	64	16	168
Anderes	0	4	1	12
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	1	0	4
Empfehlungen (aus Politik oder Verwandtschaft)	0	8	2	35
weiss nicht / kein Grund angegeben	21	233	58	652

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Motiven** waren vor allem drei Aspekte zentral (Tabelle 12): die Umsetzungsprobleme, wirtschaftliche Gründe oder die Zweifel an der Wirkung:

Die Befürchtung von **Umsetzungsproblemen** motivierten zusammen mit den wirtschaftlichen Gründen die Nein-Stimmenden am ehesten (26% der Erstnennungen, 74% aller Nennungen). Dabei brachten diese neben den prinzipiellen Zweifeln an einer staatlichen Kontrolle oder den Schwierigkeiten der Umsetzung auch die Bürokratie, allfällige Probleme eines Alleingangs, Probleme bei Berichtsfällen oder eine drohende Klageflut zum Ausdruck. Im Zusammenhang mit der Rolle des Staates und der Kontrolle kamen teilweise auch die Vorzüge des Gegenvorschlags zum Ausdruck. Bei den spontan notierten Motiven stand dieser aber nicht im Vordergrund.

Praktisch im gleichen Mass ausschlaggebend für das Nein waren **wirtschaftliche Gründe** (21% der Erstnennungen, 69% aller Nennungen). Diese umfassten wiederum zweierlei Befürchtungen: Der unmittelbare Schaden für die Wirtschaft oder die Benachteiligung des Wirtschaftsstandortes Schweiz.

Schliesslich sahen einige Nein-Stimmende die anvisierte Wirkung nicht. Die **verfehlte Wirkung** (5% der Erstnennungen, 31% aller Nennungen) betraf sowohl die Umsetzung als solche wie auch den Alleingang der Schweiz.

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Contra (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Umsetzungsprobleme	26	229	74	639
staatliche Kontrolle ist falsch	4	35	16	138
schwierige Umsetzung	6	47	13	105
Gegenvorschlag besser	3	32	7	71
wirtschaftliche Gründe	21	201	69	637
Schaden für die Wirtschaft	9	95	20	183
Benachteiligung Wirtschaftsstandort Schweiz	2	15	19	172
verfehlte Wirkung	5	42	31	260
Umsetzung verfehlt Ziel	0	0	13	104
Alleingang nicht sinnvoll	1	8	5	41
Allgemeines (z.B. Bauchgefühl, allgemein negative Äusserungen)	19	186	49	449
Anderes	0	4	1	8
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	0	0	2
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	4	43	6	66
weiss nicht / kein Grund angegeben	25	240	64	631

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 13). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheidung war insgesamt durchschnittlich stark fundiert⁷: 71 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben dementsprechend gestimmt.

Zusammenfassend stiessen die von der Initiative angesprochenen ethischen Grundsätze in der internationalen Geschäftswelt auf sehr hohe, unter Ja-Stimmenden teilweise annähernd umfassende Zustimmung. Etwas polarisierter wurde einzig das Pro-Argument beurteilt, ob freiwillige Massnahmen nicht genüchten. Die von der Initiative angesprochenen Grundsätze waren alleine aber nicht entscheidend. Auf der Nein-Seite waren der Schaden am Wirtschaftsstandort Schweiz, die neu zu etablierenden aufwändigen Kontrollen auch für KMU sowie der mögliche Rückzug aus Entwicklungsländern wegen der Risiken für eine Mehrheit der Nein-Stimmenden überzeugend und dann auch häufig entscheidungswirksam.

Am meisten Unterstützung erhielt das **Pro-Argument** gegen Konkurrenzvorteile für Unternehmen, die Fairplay und Ethik in der Geschäftswelt aushebeln. Dies korrespondiert mit der zentralen Motivlage zugunsten der Konzernverantwortung. Bemerkenswert ist, dass selbst 81 Prozent der Nein-Stimmenden diesem Grundsatz beipflichten. Über alle Stimmenden hinweg beträgt die Unterstützung 88 Prozent (Ja-Stimmende 94%). Die zweite zentrale Argumentationsachse bezieht sich auf den Imageschaden der Schweiz, welcher durch unethisches Verhalten ausgelöst werden kann. Auch waren nicht nur Ja-Stimmende einverstanden. Insgesamt folgten 79 Prozent der Stimmenden der Argumentationslinie der Befürworter*innen (Nein-Stimmende 69%). An dritter Stelle folgt die Argumentation mit der bisherigen Erfahrung, wonach die heutigen Regelungen nicht ausreichen und Konsequenzen nötig sind. Dieses Ja-Argument wird am stärksten polarisiert bewertet. Ja-Stimmende bejahen dieses Argument zu 91 Prozent, während Nein-Stimmende mit 52 Prozent nur knapp mehrheitlich solche Konsequenzen als notwendig erachten.

Die **Kontra-Argumente** überzeugten insgesamt viel weniger als die Pro-Argumente. Erneut treffen die Gegenargumente Aspekte, die auch als zentrale Motive zum Ausdruck kamen (siehe Kapitel 4.3). 60 Prozent sahen einen Schaden am Wirtschaftsstandort Schweiz, wenn für Schweizer Unternehmen so strenge Regeln gelten würden (Nein-Stimmende 85%, Ja-Stimmende 37%). Noch eine knappe Mehrheit von 54 Prozent der Stimmenden folgte der Argumentation, wonach auch Schweizer KMUs betroffen wären, die für Importe strenge Kontrollen installieren müssten. Nicht mehr mehrheitlich unterstützt wurde eine die von der Nein-Seite angesprochene Wirkungsproblematik: 40 Prozent stimmten dem Argument zu, dass wegen steigender Produktionsrisiken ein

⁷ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Rückzug aus den Entwicklungsländern drohe. Ja-Stimmende wiesen dieses Argument vehement zurück, Nein-Stimmende stimmten ihm fast zu zwei Dritteln zu.

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht / keine Angabe
Mehr Fairplay und Ethik in der Geschäftswelt sind wichtig. Es darf kein Unternehmen einen Konkurrenzvorteil erhalten durch verantwortungsloses Handeln auf Kosten der Menschenrechte oder der Umwelt.	total	88	6	6
	Ja-Stimmende	94	2	4
	Nein-Stimmende	82	10	8
Wenn Schweizer Unternehmen im Ausland Menschen vertreiben und die Umwelt schädigen, dann beschädigen sie damit den guten Ruf der Schweiz.	total	79	15	7
	Ja-Stimmende	88	7	6
	Nein-Stimmende	69	24	7
Die Erfahrung zeigt, dass freiwillige Massnahmen nicht reichen. Deshalb muss sozial unverantwortliches Handeln für Konzerne Konsequenzen haben.	total	72	20	8
	Ja-Stimmende	91	4	5
	Nein-Stimmende	52	38	10
Kontra-Argumente				
Wenn weltweit nur für Schweizer Unternehmen so strenge Regeln gelten, schadet das dem Wirtschaftsstandort Schweiz.	total	60	32	8
	Ja-Stimmende	37	55	8
	Nein-Stimmende	85	8	7
Die Initiative trifft nicht nur Multis, sondern auch Schweizer KMUs die Waren aus dem Ausland importieren. Sie müssen aufwändige Kontrollen installieren.	total	54	34	12
	Ja-Stimmende	34	53	14
	Nein-Stimmende	76	15	9
Das Risiko in Entwicklungsländern zu produzieren wird für Schweizer Unternehmen zu gross. Sie werden sich zurückziehen und das verhindert Entwicklung und Fortschritt in armen Ländern.	total	40	49	11
	Ja-Stimmende	15	74	11
	Nein-Stimmende	65	24	11

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht über- all 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 88Prozent aller Stimmenden (sowie 94% aller Ja-Stimmenden bzw. 82% aller Nein-Stimmenden) pflchteten dem Pro-Argument bei, dass mehr Ethik und Fairplay in der Geschäftswelt wichtig sind. 6Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 6 Prozent antworteten mit «Weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente Total 2'113, Ja-Stimmende 1'086, Nein-Stimmende 945.

5 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten («Kriegsgeschäfte-Initiative»)

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» («Kriegsgeschäfte-Initiative») wurde von der GSoA und den Jungen Grünen der Schweiz als Hauptträger am 11. April 2017 lanciert. Die Initiative hat darauf gezielt, die Finanzierung von sämtlichem Kriegsmaterial (bspw. Herstellung von Sturmgewehren und deren Bestandteilen) zu verbieten. Damit wollte sie neben der Kreditvergabe an Kriegsmaterialproduzenten auch den Besitz ihrer Aktien sowie von Anlageprodukten wie Fonds, die Aktien dieser Produzenten enthalten, unterbinden. Das betreffe unter anderem auch die Schweizerische Nationalbank, die AHV/IV und Pensionskassen. Des Weiteren soll sich die Schweiz weltweit dafür einsetzen, dass dieses Verbot für Banken und Versicherungen gelte.

Der Bundesrat sowie das Parlament lehnten den Vorschlag ab. Das bestehende Finanzierungsverbot erfülle bereits seinen Zweck, die Initiative gehe zu weit und würde Kriege nicht verhindern. Vielmehr würde sie vor allem die Renditen der AHV/IV und Pensionskassen verringern, den Finanzplatz Schweiz gefährden sowie die Schweizer Industrie schwächen.

Am 29. November 2020 wurde die «Kriegsgeschäfte-Initiative» mit 42,6 Prozent «Ja»-Stimmen abgelehnt. Das Ständemehr wurde auch nicht erreicht (3 1/2 Stände-Ja und 17 5/2 Stände-Nein).⁸

Damit hat die Kriegsgeschäfte-Initiative für keine Überraschung gesorgt. Die Empfehlungen sowie Argumente der Gegnerschaft haben sich durchgesetzt. Dennoch muss festgehalten werden: Im Vergleich zu früheren friedenspolitischen Vorlagen hat sie deutlich mehr Ja-Stimmen erreicht (im Vergleich zu «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» 36% Ja-Anteil oder «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung» 38% Ja-Anteil).

5.2 Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 14) zeigen, dass sich die Zustimmung für die Kriegsgeschäfte-Initiative an einigen solcher Variablen signifikant unterscheidet: **Alter**, **Geschlecht**, **Bildung**, **Haushaltseinkommen** und **Religiosität**. Obwohl die Effekte signifikant sind, muss konstatiert werden, dass die Stärke der Effekte aufgrund der kleinen Cramérs V als (sehr) gering einzustufen sind.

⁸ [Link zu bk.admin.ch](https://www.bk.admin.ch)

Insgesamt haben folgende soziodemographischen Eigenschaften eher zu einem «Ja» geführt: Personen, die jünger oder weiblich sind, eine hohe Bildung genossen haben, über ein geringes Haushaltseinkommen verfügen oder sich einer Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total		1976	
Alter			V = 0.17***
18-29 Jahre	56	225	± 6.5
30-39 Jahre	49	194	± 7.1
40-49 Jahre	43	299	± 5.6
50-59 Jahre	42	410	± 4.8
60-69 Jahre	41	427	± 4.7
70 Jahre und älter	31	421	± 4.4
Geschlecht			V = 0.12***
Männer	36	986	± 3
Frauen	48	990	± 3.1
Bildungsgrad			V = 0.16***
ohne nachobligatorische Bildung	36	183	± 7
berufliche Grundbildung/Berufslehre	35	622	± 3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	41	578	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	55	546	± 4.2
Haushaltseinkommen			V = 0.12*
bis 3'000 CHF	47	62	± 12.5
3'000-5'000 CHF	56	245	± 6.2
5'000-7'000 CHF	45	338	± 5.3
7'000-9'000 CHF	41	315	± 5.4
9'000-11'000 CHF	39	250	± 6.1
über 11'000 CHF	38	480	± 4.3
Religiosität			V = 0.16***
keine Religionsgemeinschaft	37	1198	± 2.7
Mitglied einer Religionsgemeinschaft	53	728	± 3.6

Im **Detail** zeigt sich hinsichtlich des **Alters** der Stimmenden, dass jüngere Personen vergleichsweise häufiger «Ja» gestimmt haben als ältere. Beispielsweise haben 18-29-Jährige zu 56 Prozent «Ja» gestimmt, hingegen Personen, die 70 Jahre und älter sind, nur zu 31 Prozent. Ebenfalls lässt sich ein Unterschied beim **Geschlecht** festhalten: Nur

knapp einen Drittel aller Männer haben «Ja» gestimmt, wohingegen fast die Hälfte aller Frauen «Ja» gestimmt haben (48%). Der Effekt ist aber sehr gering ($V = 0.12$).

Hinsichtlich der Schichtzugehörigkeit ergibt sich ein gemischtes Bild: Personen mit geringer **Bildung** haben seltener «Ja» gestimmt als solche, mit hoher Ausbildung. Umgekehrt verhält es sich hinsichtlich des Haushaltseinkommen: Personen mit eher geringem **Einkommen** haben häufiger «Ja» gestimmt als solche mit einem hohen Einkommen. Beispielsweise haben Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen zwischen CHF 3'000 und 5'000 zu 56 Prozent «Ja» gestimmt, wohingegen Personen mit einem Einkommen über CHF 11'000 lediglich zu 38 Prozent ein «Ja» in die Urne geworfen haben. Somit haben eher Gebildete mit geringem Einkommen für die Kriegsgeschäfte-Initiative gestimmt.

Wie zu vermuten war, zeigt auch die **Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft** einer Person Unterschiede hinsichtlich ihrer Stimmabsicht auf. Im Gegensatz zu den Resultaten zur Konzernverantwortungsinitiative zeigt sich hier ein klares Muster: Personen, die einer Religionsgemeinschaft zugehörig sind, haben mehrheitlich für die «Kriegsgeschäfte-Initiative» gestimmt (53%), solche die keiner Religionsgemeinschaft zugehörig sind hingegen kaum (37%).

Wie auch bei der Konzernverantwortungsinitiative zeigen sich die politischen Merkmale als ausschlaggebender für den Stimmentscheid als die soziodemografischen (Tabelle 15). **Ideologie, Parteisympathie** und **Vertrauen** erweisen sich als Faktoren, die allesamt einen stärkeren Einfluss auf die Stimmentscheidung hatten als persönliche Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildung.

Insgesamt haben folgende Eigenschaften einer Person eher zu einem «Ja» geführt: Linke, Sympathisierende der SP oder der Grünen oder solche, die ein hohes Vertrauen in die GSoA Gesellschaft Schweiz ohne Armee oder tiefes Vertrauen in die Schweizerische Nationalbank haben.

Im **Detail** zeigt die **Links-Rechts-Selbsteinstufung**, dass die Kriegsgeschäfte-Initiative sehr stark von linksausen (93%) sowie von links (69%) unterstützt wurde. In der Mitte (39%) und rechts (12%) fand die Vorlage kaum Support. Dieses Muster lässt sich ebenfalls in der Zustimmung anhand der **Parteisympathie** festhalten. Während Sympathisierende der SP und der Grünen mit einer grossen Mehrheit ein «Ja» eingelegt haben, liegt dieser Wert bei 13 Prozent bei der FDP und bei 7 Prozent bei der SVP. Während auch die CVP-Sympathisierenden zu einem grossen Teil dagegen waren (22% Ja-Anteil), gab es fast ein Unentschieden bei Sympathisierenden der GLP (49%). Die Links-Rechts-Selbsteinstufung sowie die Parteisympathie zeigen auch die grössten Effekte mit einem Cramérs V von 0.63 respektive 0.64.

Ebenfalls hohe Erklärkraft, auch wenn geringer, zeigen Variablen für das **Vertrauen** in die GSoA und die Schweizerische Nationalbank. Je grösser das Vertrauen in die GSoA ist, desto höher wird der Anteil der Ja-Stimmenden: Bei sehr hohem Vertrauen in die GSoA (8-10 angekreuzt bei einer 10er-Skala) liegt der Ja-Anteil bei fast 90 Prozent. Umgekehrt

ist dies beim Vertrauen in die Schweizerische Nationalbank (SNB). Bei sehr hohem Vertrauen in die SNB liegt der Ja-Anteil bei 27 Prozent.

Tabelle 15: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total		1976	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V = 0.63***
linksaussen (0-2)	93	263	± 3.1
links (3-4)	69	417	± 4.4
Mitte (5)	39	496	± 4.3
rechts (6-7)	12	442	± 3
rechtsaussen (8-10)	5	242	± 2.8
Parteisympathie			V = 0.64***
FDP	13	345	± 3.6
CVP	22	147	± 6.7
SP	81	366	± 4
SVP	7	295	± 2.9
GLP	49	184	± 7.2
Grüne	91	200	± 4
andere Partei	45	164	± 7.6
keine Partei	39	141	± 8.1
Vertrauen in die GSoA Gruppe für eine Schweiz ohne Armee			V = 0.57***
sehr gering bis gering (0-4)	20	1084	± 2.4
mittel (5)	61	271	± 5.8
hoch (6-7)	76	216	± 5.7
sehr hoch (8-10)	89	228	± 4.1
Vertrauen in die Schweizerische Nationalbank			V = 0.31***
sehr gering bis gering (0-4)	69	256	± 5.7
mittel (5)	55	364	± 5.1
hoch (6-7)	44	435	± 4.7
sehr hoch (8-10)	27	815	± 3

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei konnten die Stimmenden mehrere Gründe notieren. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig die Gründe als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig sie insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Bei den **Ja-Motiven** (Tabelle 16) lassen sich drei Hauptkategorien festmachen: Ethische Erwägungen (24% Erstnennungen, 70% aller Nennungen), einen Finanzierungsstopp (18% resp. 58%) und politische Gründe (25% resp. 56%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
ethische Erwägungen	24	207	70	582
Antimilitarismus/Pazifismus	8	67	19	159
kein Profit auf Kosten von Menschenleben	3	26	13	110
Finanzierungsstopp	18	250	58	499
keine Finanzierung von Kriegsmaterialprodukten	11	97	33	283
kein Geld in die Waffenindustrie	3	34	13	110
politische Gründe	25	246	56	327
keine Kriegshandlungen unterstützen	12	94	27	226
Schweizer Neutralität	11	85	17	141
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	6	57	12	111
Anderes	0	4	1	8
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	4	0	5
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	3	2	10
weiss nicht / kein Grund angegeben	25	147	66	382

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Der **Hauptgrund für die Pro-Seite** war ethischen Erwägungen geschuldet. Am meisten wurde angegeben, dass sie «Ja» gestimmt hätten, weil sie grundsätzlich gegen den Militäreinsatz sind respektive sich für Pazifismus einsetzen (8% resp. 19%). Einige Male weniger haben Ja-Stimmende argumentiert, dass sie keinen Profit auf Kosten von Menschenleben zulassen wollen. Das sei moralisch nicht haltbar. Ein zweites zentrales Argument der Pro-Stimmenden ist das Ziel, Kriegsmaterial nicht mehr finanzieren zu wollen. Dieses zentrale Anliegen der Vorlage wurde von vielen als Argument wiederholt. Zum einen haben sie ein Ja in die Urne gelegt, weil sie die Finanzierung von Kriegsmaterialprodukten stoppen (11% resp. 33%) oder weil sie kein Geld in die Waffenindustrie mehr

fliessen lassen wollten (3% resp. 13%). Schliesslich wurden noch politische Gründe oftmals angeführt: Die Ja-Stimmenden möchten nicht, dass die Schweiz Kriegshandlungen unterstützt (12% resp. 27%) oder ihre Neutralität gefährdet (11% resp. 17%).

Bei den **Nein-Motiven** waren vor allem drei Aspekte zentral (Tabelle 17): Der meist genannte Hauptgrund vereinte wirtschaftliche Gründe (29% Erstnennungen, 65% aller Nennungen), am zweithäufigsten wurden sozial- und andere politische Gründe genannt (10% resp. 32%) und fast ebenso oft wurden ethische Argumente angeführt (8% resp. 29%).

Als **Hauptgrund für die Kontra-Seite** wurden wirtschaftliche Motive genannt. Zum einen wurde hierbei oft genannt, dass ein «Ja» schädlich für die Wirtschaft sei (13% resp. 26%). Zum anderen auch, dass bei einer Annahme Arbeitsplätze gefährdet würden (8% resp. 13%). Weniger häufig aber ebenfalls zentral waren Argumente, die sozial- resp. allgemein politische Gründe unter einen Hut brachten: Die Politik müsse Vorsorgeeinrichtungen vor dieser Vorlage schützen, da sie ansonsten angelegtes Geld anders investieren müssten. Andererseits sei diese Vorlage wirkungslos, da sie das Ziel verfehlen würde. Schliesslich haben auch Nein-Stimmende ethische Erwägungen genannt: Auch bei Annahme dieser Vorlage wäre das Verhindern der Kriege nicht möglich (4% resp. 10%). Auch, weil andere weiterhin in diese Geschäfte investieren würden (2% resp. 7%).

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Contra (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
wirtschaftliche Gründe	29	306	65	706
schädlich für die Wirtschaft	13	141	26	291
Arbeitsplätze	8	81	13	144
sozial-/politische Gründe	10	179	32	254
Schutz Vorsorgeeinrichtungen	3	28	8	69
wirkungslos	2	25	6	69
ethische Erwägungen	8	163	29	313
Kriegsverhinderung nicht möglich	4	38	10	99
andere werden ohnehin weiter investieren	2	25	7	5784
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	14	154	25	283
Anderes	3	38	11	115
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	8	1	15
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	3	34	6	63
weiss nicht / kein Grund angegeben	32	376	73	828

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 18). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmenscheidung war insgesamt überdurchschnittlich stark fundiert⁹: 80 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben dementsprechend gestimmt.

Insgesamt haben die ethischen Anliegen der Kriegsgeschäfte-Initiative mehrheitlich Anklang bei der Stimmbevölkerung gefunden, aber unterm Strich aufgrund der zu geringen Wirkung zu wenig überzeugt. Anders formuliert: Zum einen waren auch die Nein-Stimmenden damit einverstanden, dass mit Schweizer Pensionskassengelder kein Material finanziert werden soll, das Menschen tötet. Zum anderen würden aber dann andere Länder in diese Geschäfte investieren und damit Geld verdienen. Ebenso waren die Nein-Stimmenden nicht davon überzeugt, dass aufgrund eines «Ja» die Flüchtlingsströme verringert werden würden. Somit hat die grundsätzliche Stossrichtung der Vorlage zwar eine Mehrheit angesprochen, die Wirksamkeit wurde aber als zu gering eingeschätzt.

Alle **Pro-Argumente** erhielten grundsätzlich viel Zustimmung. Das erste Pro-Argument, dass weniger Menschen auf der Flucht wären, wenn weniger Geld in Kriegsgeschäfte investiert würden, kam bei rund drei von vier Ja-Stimmenden an, jedoch bei zwei Drittel der Nein-Stimmenden nicht. Diese mögliche Lösung zum Entgegenwirken von Flüchtlingsströmen hat offenbar die Stimmenden gespalten. Mehr als zwei Drittel aller Stimmenden – und am meisten insgesamt – haben jedoch zugestimmt, dass mit Schweizer Pensionskassengeld kein Material produziert werden sollte, das Menschen tötet. 96 Prozent der Ja-Stimmenden waren damit einverstanden, ebenso 49 Prozent der Nein-Stimmenden. Ebenfalls eine Mehrheit hat das Pro-Argument erhalten, dass die Schweizer Investitionen in Kriegsgeschäfte der Neutralität und Glaubwürdigkeit der Schweiz widersprechen respektive schaden. Insgesamt haben 56 Prozent der Aussage zugestimmt, wobei dies 92 der Ja-Stimmenden beinhaltet und 31 Prozent der Nein-Stimmenden. Das Argument hat aber auch die Gesellschaft gespalten: 60 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit nicht einverstanden.

Die **Kontra-Argumente** haben insgesamt stärker polarisiert und tendenziell weniger Zustimmung erhalten als die Pro-Argumente. Das erste Kontra-Argument fokussiert auf den wirtschaftlichen Schaden, der auch den Schweizer Finanzplatz sowie die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie betrifft: Insgesamt haben 51 Prozent der Aussage zugestimmt, wobei 73 Prozent der Nein-Stimmenden einverstanden und 64 Prozent der Ja-Stimmenden nicht einverstanden waren. Somit hat dieses Argument wiederum stark polarisiert. Ebenso hat das zweite Argument, dass Kriegsmaterialproduzierende sowieso in diese Geschäfte investieren – auch wenn die Schweiz sich aus diesem Geschäft zu-

⁹ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

rückzüge – stark polarisiert: Zwar waren erneut 58 Prozent mit diesem Argument einverstanden. Das teilt sich auf eine Zustimmung der Nein-Stimmenden von 78 Prozent und einer Ablehnung der Ja-Stimmenden von 59% auf. Am wenigstens Zustimmung mit 40 Prozent insgesamt hat das dritte Kontra-Argument erhalten: Die Initiative setzt politische Kriterien bei der Anlagenpolitik fest und gefährdet damit die Unabhängigkeit der Nationalbank. Gerade mal 61 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden, fast ebenso viele der Ja-Stimmenden jedoch nicht (62%). Je knapp ein Viertel der Ja- und Nein-Stimmenden haben sich der Zustimmung respektive Ablehnung zu diesem Argument enthalten.

Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht / keine Angabe
Viele Menschen sind auf der Flucht, weil Kriege in ihren Ländern herrschen. Dreht man den Geldhahn für Kriege zu, kann dieser Entwicklung entgegen gewirkt werden.	Total	44	44	12
	Ja-Stimmende	74	17	9
	Nein-Stimmende	23	66	11
Mit unserem Pensionskassengeld soll kein Material produziert werden, das Menschen tötet.	Total	68	23	9
	Ja-Stimmende	96	2	3
	Nein-Stimmende	49	40	11
Schweizer Investitionen in Kriegsgeschäfte widersprechen der Neutralität und schaden der Glaubwürdigkeit der Schweiz.	Total	56	36	8
	Ja-Stimmende	92	6	2
	Nein-Stimmende	31	60	10
Kontra-Argumente				
Wegen der Initiative verlieren nicht nur die Pensionskassen Geld. Sie schadet dem Schweizer Finanzplatz und auch der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie.	Total	51	35	15
	Ja-Stimmende	23	64	14
	Nein-Stimmende	73	14	13
Bei Kriegsmaterialproduzenten wird sowieso Geld investiert. Wenn wir das nicht tun, machen es einfach andere und verdienen Geld damit.	Total	58	31	11
	Ja-Stimmende	33	59	8
	Nein-Stimmende	78	12	10
Die Initiative setzt politische Kriterien bei der Anlagepolitik fest und gefährdet damit die Unabhängigkeit der Nationalbank.	Total	40	35	25
	Ja-Stimmende	15	62	23
	Nein-Stimmende	61	16	24

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 44Prozent aller Stimmenden (sowie 74% aller Ja-Stimmenden bzw. 23% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, wonach weniger Personen auf der Flucht vor Kriegen wäre, wenn der Geldhahn für Kriegsmaterial zugedreht würde. 44Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 12Prozent antworteten mit «Weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente Total 2'113 Ja-Stimmende 852, Nein-Stimmende 1'124.

6 Anhang

6.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 2020, welche das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 30. November und dem 20. Dezember durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 19: Technischer Kurzbericht VOX – Volksabstimmung vom 29. November 2020

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeber	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	30. November – 20. Dezember 2020
Stichprobengrösse	minimal 3000, effektiv 3054 (Papier: 1472, Online: 1582) n DCH: 1835, n FCH: 861, n ICH: 358 (Papier: n DCH: 810, n FCH: 470, n ICH: 192) (online: n DCH: 1025, n FCH: 391, n ICH: 166)
Stichprobenfehler	± 1.8 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

6.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

6.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmer*innen aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 6.1.4 Gewichtung).

Von den bestellten 7'500 Adressen haben wir 7'445 vom BFS erhalten sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'499 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

6.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 29. November 2020 umfasst insgesamt 3'054 Befragte, wovon 60 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1835), 28 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=861) und 12 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=358) stammen.

Tabelle 20: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'445
Postretouren/Verstorbene Zielpersonen	88
total gültige Adressen	7'357
Verweigerung/Abmeldungen	37
total realisierte Interviews	3'148
Löschungen aus Qualitätsgründen	94
final verwendete Interviews	3'054

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+23 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen. Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat beträgt bei der Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz

von Mensch und Umwelt» +2.8 Prozentpunkte und bei der Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» +0.6 Prozentpunkte.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 94 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

6.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst, fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellem Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischer Merkmale identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «Hot-One-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrößen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

6.1.5 Auswertung und Stichprobenfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Der Zufallsfehler erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 21: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramers' V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings

nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl beizuziehen sind.

6.2 Über die Studie

6.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheidung der Stimmberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Medienutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen, noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmer*innen werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können beim [Année Politique Suisse](#) frei heruntergeladen werden. Das gilt auch für alle alten VOX-Datensätze und VOX-Berichte.

6.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch

6.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

TOBIAS KELLER

Projektleiter i.A., Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computer-gestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet



AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politik- und Datenwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



VALENTINA RÖTHELI

Projektmitarbeiterin/ Administration, Politikwissenschaftlerin

✉ valentina.roetheli@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen, Projektadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch


Institute Member


Menschen. Meinungen. Märkte.